

Beschluss (vorläufig) Kapitel 7: In Bildung investieren

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 22.11.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-B In Bildung investieren

Antragstext

1 **Kapitel 7: Auf Bildung bauen**

2 **Recht auf Bildung**

- 3 (304) Bildung unterstützt Menschen dabei, ihr Leben eigenverantwortlich und
selbstbestimmt
4 zu gestalten. Sie trägt dazu bei, die eigenen Potentiale und Interessen zu entwickeln
und
5 offen für neue Erkenntnisse und Erfahrungen zu bleiben sowie soziale Verantwortung
zu
6 tragen. Das Recht auf gute Bildung ist ein lebenslanges und jedem Menschen offen
stehendes
7 Recht auf Selbstbestimmung, Mündigkeit und gesellschaftliche Teilhabe.
- 8 (305) Ein gutes Bildungssystem fördert Zukunftskompetenzen auf allen Ebenen -
Kooperation,
9 Kommunikation, Kreativität, kritisches Denken. Und es muss Freiheit lassen für neue
Ideen
10 und Lernerfahrungen aller Beteiligten. Ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung, auch
für
11 Menschen mit Behinderung, ist Grundlage für gesellschaftliche Weiterentwicklung. Das
12 Bildungssystem muss Kinder, Jugendliche und alle Lernenden befähigen, eine
selbstbestimmte
13 und nachhaltige Zukunft zu gestalten, die von Unwägbarkeiten, Klimakrise, digitalem
Wandel
14 und sozialen Veränderungen geprägt sein wird. Als Schlüssel für
Gestaltungskompetenz soll
15 Bildung für nachhaltige Entwicklung auf allen Bildungsebenen verankert sein. Kitas
und
16 Schulen sind Schnittstellen zu Familien und Gesellschaft und damit Lebensraum für
soziales
17 Lernen und Bildungsstätte für präventive resilienzfördernde Kompetenz gegen
häusliche und
18 sexualisierte Gewalt. Dazu braucht es entsprechend ausgebildete Pädagog*innen und
Angebote
19 für Kinder und Jugendliche.
- 20 (306) Das Bildungssystem soll zu ganzheitlichem Denken, zu nachhaltigem Handeln,
zu
21 gegenseitigem Respekt und zu verantwortungsvollem Entscheiden befähigen und
Menschen die
22 selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Es ist damit die Grundlage
für

23 eine freie und demokratische Gesellschaft. Das heißt auch, gesellschaftliche und
24 technologische Entwicklungen kritisch hinterfragen und einordnen zu können, um Fake
News
25 oder Verschwörungserzählungen entgegenzutreten. Kitas und Schulen sollen Orte sein,
an denen
26 Kinder und Jugendliche durchgängig Wertschätzung und Mündigkeit erfahren,
demokratisches
27 Zusammenleben praktisch leben und über ihre Lernprozesse mitentscheiden können.
Rollenbilder
28 und Geschlechternormen, rassistische, diskriminierende sowie Dominanzstrukturen
müssen in
29 allen Bildungseinrichtungen problematisiert, reflektiert sowie strukturell aufgearbeitet
und
30 daher auch in der Ausbildung pädagogischer Berufe thematisiert und kritisch
hinterfragt
31 werden. Zur interkulturellen Verständigung kann ein für alle zugänglicher
internationaler
32 Bildungsaustausch beitragen.

33 (307) Gute Bildung zeichnet sich dadurch aus, dass sie bestehende Ungleichheiten
nicht
34 zementiert, sondern sie überwinden hilft. Es ist staatliche Aufgabe, ungleiche
35 Startbedingungen aufgrund von sozialen Benachteiligungen, dem Wohn- und
Lebensumfeld, von
36 Diskriminierung oder Sprachvoraussetzungen auszugleichen. Es ist Aufgabe des
Staates,
37 Talente zu fördern. Deshalb brauchen wir sozial diverse und inklusive Schulen, in
denen
38 junge Menschen so lange wie möglich gemeinsam lernen. Alle jungen Menschen sollen
unabhängig
39 vom Bildungsgrad und Einkommen ihrer Eltern den bestmöglichen Bildungsgrad
erwerben können.
40 Dabei muss die individuelle Entwicklung der jungen Menschen im Mittelpunkt stehen.
41 Entwicklungsevaluationen nehmen die individuelle Person in den Blick, statt
Schüler*innen
42 vergleichend zu bewerten. Unser Bildungssystem soll durchlässiger, gerechter und
43 leistungsfähiger und so an die internationale Spitzengruppe anschlussfähig werden.
Dafür ist
44 wesentlich, sicherzustellen, dass alle Jugendlichen mit Verlassen der Schule über eine
45 ausreichende Qualifikation in Schlüsselkompetenzen verfügen. Gleichzeitig soll die
46 Begabungsförderung ausgebaut werden.

47 (308) Bildung ist eine wichtige Grundlage für gute Entwicklungschancen im Leben und
trägt
48 maßgeblich dazu bei, dass Menschen in der modernen und nachhaltigen Arbeitswelt
ihren Platz
49 finden. Ein starkes Bildungssystem ist zentral für die wirtschaftliche Zukunft unseres
50 Landes und entwickelt sich im Austausch mit allen Akteuren stetig weiter.

51
52 (309 (neu) Für eine glückliche Schulzeit ist es auch entscheidend, dass die Schule für
alle
53 ein diskriminierungsfreier und sicherer Ort ist. Dafür muss das pädagogische Personal

54 fortgebildet und insbesondere Kinder und Jugendliche mit Diskriminierungserfahrung
 55 müssen
 56 gestärkt und ermächtigt werden. Dazu gehört auch zeitgemäße, altersgerechte
 57 Aufklärung an
 58 Schulen. Besonders queere Jugendliche können Ablehnung und Unverständnis in der
 59 Schule, aber
 60 auch der eigenen Familie erfahren. Daher müssen auch außerschulische Angebote, wie
 61 zum
 62 Beispiel Jugendzentren, besser ausgestattet werden. Sie können zum Verständnis der
 63 eigenen
 64 Situation und Aufbau eines sozialen Netzwerks beitragen. Dabei ist es wichtig, auch
 65 spezifische Angebote für Trans* Jugendliche und von Mehrfachdiskriminierung
 66 betroffene
 67 Jugendliche bereitzustellen.

62 Kita und Schule

63 (309) Die Grundlagen für einen guten Bildungsweg werden in der frühen Kindheit
 64 gelegt.
 65 Unterschiede bei den sozialen Voraussetzungen werden vor allem durch eine
 66 flächendeckende,
 67 qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung ausgeglichen, die möglichst alle Kinder
 68 erreicht. Das stellt neue Anforderungen an das pädagogische Fachpersonal in den
 69 Kitas,
 70 weswegen es überall im Land gute Personalschlüssel und verbindliche
 71 Qualitätsstandards
 72 braucht. Um den unterschiedlichen Bedarfen der Kinder gerecht zu werden, arbeiten
 73 Menschen
 74 in multiprofessionellen Teams. Um der Individualität von Kindern gerecht zu werden,
 75 ist eine
 76 gute Personalausstattung bei angemessener Bezahlung sicherzustellen.

71 (310) Der Ganzttag an Schulen soll nicht nur Wissen vermitteln, sondern soziale
 72 Kompetenzen
 73 und das Miteinander fördern sowie eine stärkere Verknüpfung zwischen Lernen,
 74 Erfahren,
 75 Erforschen und Erproben gewährleisten. So können gezielt soziale und kulturelle
 76 Benachteiligungen überwunden werden. Die Qualität muss durch verbindliche
 77 Standards
 78 gesichert werden. Auf den Ganzttag soll es einen Rechtsanspruch geben.

76 (311) Bildungspolitik und Sozialpolitik gehören zusammen. Bildungsorte müssen
 77 dementsprechend eingebettet sein in Netzwerke sozialer Unterstützungsleistungen,
 78 die das
 79 Leben von Kindern und Jugendlichen ganzheitlich betrachten, passgenaue Hilfen
 80 anbieten und
 81 verhindern, dass Einzelne den Anschluss verlieren. Bildungseinrichtungen sollen die
 82 Kooperation untereinander verstärken und sich zur Zivilgesellschaft und zum Stadtteil
 83 hin
 84 öffnen.

82 (312) Die Finanzierung des Bildungssystems ist eine zentrale Aufgabe für eine
 83 zukunftsgewandte Gesellschaft und Voraussetzung für Gerechtigkeit. Denn Vermögen

und
84 Bildungszugang hängen immer noch besonders stark zusammen. Um die Kosten einer
besseren
85 Ausstattung des Bildungssystems zu tragen, das allen Kindern und Jugendlichen die
gleichen
86 Chancen bietet, kann die höhere Besteuerung von Vermögen bzw. Erbschaften einen
Beitrag
87 leisten. Ressourcen sollen zielgenau nach den Bedarfen der Schüler*innen und
Schulen
88 eingesetzt werden.

89 (313) Die Lernmittel sowie der Zugang zu Schulen und KiTas sollen für Lernende und
Lehrende
90 (kosten-)frei sein, einschließlich digitaler Endgeräte, benötigter Software und
91 Internetzugang. Eine vermehrte Nutzung von Opensource ist der Schlüssel zu einer
92 partizipativen und souveränen digitalen Bildung.

93 (314) Alle Kitas und Schulen in Deutschland sollen sich zu inklusiven Orten
94 weiterentwickeln. Das muss sich in einer ausreichenden Anzahl an entsprechend
ausgebildeten
95 Mitarbeiter*innen, aber auch in deren Vielfalt widerspiegeln. Inklusive pädagogische
96 Konzepte müssen es jedem Kind und jedem Jugendlichen unabhängig von
intellektuellen, sozial-
97 emotionalen, physischen oder sonstigen Voraussetzungen ermöglichen, gemeinsam zu
lernen, die
98 eigene Persönlichkeit und eigene Potentiale zu entwickeln und am gesellschaftlichen
Leben
99 teilzuhaben. Schulen müssen ihre Pädagogik an die Schüler*innen anpassen, nicht
umgekehrt.

100 Dazu brauchen sie Zeit, Gestaltungsspielraum, kleinere Klassen, neue Reflexions- und
101 Bewertungsstrukturen, inklusive pädagogische Konzepte, individuelle Lernwege und
102 multiprofessionelle Unterstützung.

103 (315) Gute Schulen brauchen Entscheidungsspielräume, gut ausgebildete Lehrkräfte,
die den
104 Unterricht so gestalten, dass er den natürlichen Wissensdurst, die Neugier und die
105 Spielfreude junger Menschen fördert, sowie multiprofessionelle Teams auf Augenhöhe,
die eine
106 ganzheitliche Entwicklung stärken. Das bedeutet auch, dass sich die Ausbildung der
107 Lehrkräfte anhand der Lebensrealitäten der Kinder und Jugendlichen sowie der
108 gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung kontinuierlich weiterentwickelt.
Offene
109 und durchlässige Strukturen und vielfältige Methoden im Unterricht und in der Schule
helfen,
110 Potentiale zu entfalten und praktische und theoretische Stärken zu entwickeln. Die
111 individuelle Förderung der Kinder je nach Potential ist entscheidend, deshalb sind
große
112 Klassen mit zusätzlicher personeller Unterstützung auszustatten. Indem sie kulturelle
113 Kompetenzen als Ressource begreifen leisten Schulen einen wichtigen Beitrag in der
114 vielfältigen Einwanderungsgesellschaft. Aus diesem Grund sollten Schulen in ihren
115 Veränderungsprozessen professionell unterstützt werden.

116 (316 NEU) Kitas und Schulen sind besonders wichtige Orte für das selbstbestimmte
 117 Heranwachsen in einer digitalen Welt. Bildungseinrichtungen müssen technisch so
 118 ausgestattet
 119 sein, dass alle Kinder die digitale Wirklichkeit erleben und sie mitgestalten können. Zu
 120 einer guten technischen Ausstattung gehören auch gut ausgebildete pädagogische
 121 Fachkräfte.
 122 Beides zu gewährleisten, ist dringliche Aufgabe der öffentlichen Hand. Der Lernalltag
 123 muss
 124 genug Zeit für alle Kinder einräumen, digitale Kompetenzen zu erwerben. Dabei
 125 müssen sowohl
 126 das technische Grundverständnis als auch die gesellschaftliche und soziale Dimension
 127 der
 128 digitalen Entwicklung Thema sein. Die Kinder von heute werden die Gestalter*innen
 129 der Welt
 130 von morgen sein. Dafür brauchen sie das nötige Rüstzeug und einen kritischen Blick,
 131 mit dem
 132 sie technische Entwicklungen auch hinterfragen. Geschlechterklischees in der digitalen
 133 Bildung und Informatik müssen überwunden werden. Digitales Lernen ermöglicht auch
 134 eine
 135 Stärkung des individualisierten und inklusiven Unterrichts und macht Schulen flexibler
 136 und
 137 krisenfester. Dabei muss es auch Ziel sein soziale Unterschiede zu verringern.

138 (317) Das deutsche Bildungssystem braucht eine deutlich bessere Mittelausstattung
 139 für mehr
 140 Personal, Infrastruktur und Gebäude. Gut gestaltete und gesunde Räume sind für die
 141 Entwicklung unserer Kinder von erheblicher Bedeutung. Dabei müssen regionale
 142 Unterschiede
 143 berücksichtigt und Kommunen mit hoher Armutsquote in der Bevölkerung gezielt
 144 unterstützt
 145 werden. Der Wohnort soll nicht über die Qualität der Förderung entscheiden. Vor allem
 146 für
 147 den Kita- und Primarbereich müssen die Ausgaben verdoppelt werden, denn hier
 148 werden die
 149 Weichen für den Bildungserfolg gestellt. Insgesamt soll Deutschland sich bei den
 150 Bildungsausgaben an der Spitzengruppe im OECD-Vergleich orientieren.

151 (318) Der Föderalismus schützt die Demokratie und sichert regionale Vielfalt. Er darf
 152 jedoch
 153 nicht dazu führen, dass eine Verständigung auf bundesweite Bildungsziele und -
 154 standards
 155 sowie nötige Investitionen in Digitalisierung, Ganzttag oder Inklusion unterbleiben. Das
 156 können die Länder nicht allein leisten, sondern es ist eine gesamtstaatliche Aufgabe.
 157 Das
 158 Kooperationsverbot muss zu einem Kooperationsgebot gemacht werden.

159 **Lebensbegleitendes Lernen**

160 (319) Bildung ist ein lebenslanger Prozess. Die staatliche Verantwortung beginnt mit
 161 der
 162 Kita und der Schule und erstreckt sich über die berufliche Bildung und die
 163 Hochschulbildung

- 145 bis hin zum Recht auf Weiterbildung und Erwachsenenbildung. Sie wird umrahmt von
 einem
 146 lebensbegleitenden Prozess der nonformalen Bildung. Bildung muss stärker als jemals
 zuvor in
 147 jedem Alter selbstverständlicher Teil des Lebens werden. Allgemeine und berufliche
 148 Weiterbildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, damit ein selbstbestimmtes
 Leben und
 149 gesellschaftliche Teilhabe gesichert werden.
- 150 (320) Kein Ausbildungsschritt soll ohne Abschluss und Anschluss bleiben. Jeder Mensch
 soll
 151 die Möglichkeit haben, zu jedem Zeitpunkt in seinem Leben Schul- und
 Hochschulabschlüsse,
 152 Berufsausbildungen oder Teilqualifizierungen zu erwerben. Der garantierte und
 153 niedrigschwellige Zugang zur Erwachsenenbildung in Form des „zweiten
 Bildungswegs“ fördert
 154 die soziale Mobilität innerhalb der Gesellschaft und ist unerlässlich für das Ziel gleicher
- 155 Bildungs- und Lebenschancen. Direkt nach der Schule muss der Weg für alle
 Jugendlichen in
 156 eine angemessen bezahlte, anerkannte Berufsausbildung oder in eine
 Hochschulbildung offen
 157 sein. Außerdem müssen ausländische Bildungsabschlüsse schnell und unbürokratisch
 anerkannt
 158 werden können. Menschen mit Brüchen im beruflichem Werdegang soll der
 Wiedereinstieg in den
 159 Arbeitsmarkt durch Anerkennung ihrer erworbenen Kompetenzen erleichtert werden.
- 160 (321) Alle Menschen, die nicht oder nicht ausreichend lesen, schreiben oder rechnen
 können,
 161 sollen leichten Zugang zu Bildungsangeboten und speziellen Förderungen haben und
 diese in
 162 Anspruch nehmen können.
- 163 (322) Der Fokus beim digitalen Lernen liegt auf der Medienkompetenz und der
 digitalen
 164 Mündigkeit. Gezielt sollen auch Erwachsene mit wenig Erfahrung im Umgang mit
 digitalen
 165 Medien angesprochen werden, damit sie die Möglichkeiten der digitalen Welt
 selbstbestimmt
 166 und sicher nutzen können.
- 167 (323) Lebensbegleitendes Lernen erfordert ein breites Spektrum an privaten,
 betrieblichen
 168 und auch öffentlich verantworteten Weiterbildungsinstitutionen. Es ist eine staatliche
 169 Aufgabe zu ermöglichen, dass Orte der außerschulischen Bildung ein für alle
 bezahlbares und
 170 flexibel nutzbares Weiterbildungsangebot anbieten, damit jede*r die für ihren Bedarf
 171 notwendigen Fähigkeiten und Kompetenzen erwerben kann. Sie und ähnliche
 Einrichtungen
 172 gehören zur Daseinsvorsorge und müssen zu barrierefreien Knotenpunkten der
 173 Erwachsenenbildung werden.

174 (324) Viele Menschen lernen in unterschiedlichsten Vereinen, Jugendverbänden und
175 Bildungsstätten sich einzubringen und mitzubestimmen. Auch diese außerschulische
176 und
176 nonformale Bildung muss ausreichend Raum und finanzielle Möglichkeiten erhalten.
177 (325) Bildungswege sind heutzutage dauerhaft, berufsbegleitend und mit Wechseln
177 verbunden.
178 Bildungsfinanzierung muss dieser Realität angepasst werden und unabhängig vom
179 Bildungszeitraum als ein eltern-, alters- und leistungsunabhängiger Vollzuschuss
179 konzipiert
180 sein, um das Recht auf Bildung zu unterstützen. Niemandem dürfen aufgrund prekärer
181 Beschäftigung die Möglichkeiten essenzieller Qualifikation verwehrt sein.
182 (326) Bildungszugänge sind stark durch die Eigenheiten der Stadtteile oder durch
182 Stadt-Land-
183 Gegensätze geprägt. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sichern bedeutet,
183 es auch
184 Kindern im ländlichen Raum zu ermöglichen, mit akzeptablen Schulwegen eine
184 hochwertige
185 Bildung zu erreichen. Der Erhalt von kleinen Schulen soll durch Vernetzung ermöglicht
186 werden. Kreative Konzepte wie mobile Mediatheken, Bibliotheken und Labore schaffen
186 nicht nur
187 für Erwachsene Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten in strukturschwachen
187 Räumen. Diese
188 müssen ebenso gefördert werden wie der Schüler*innen-Transport. Das gehört zur
188 staatlichen
189 Daseinsvorsorge. Jede*r hat ein Recht auf Weiterbildung.